

Difu-Umfrage

Finanzen und Geflüchtete größte aktuelle Herausforderungen – Klimafragen bleiben für die Zukunft auf der Agenda

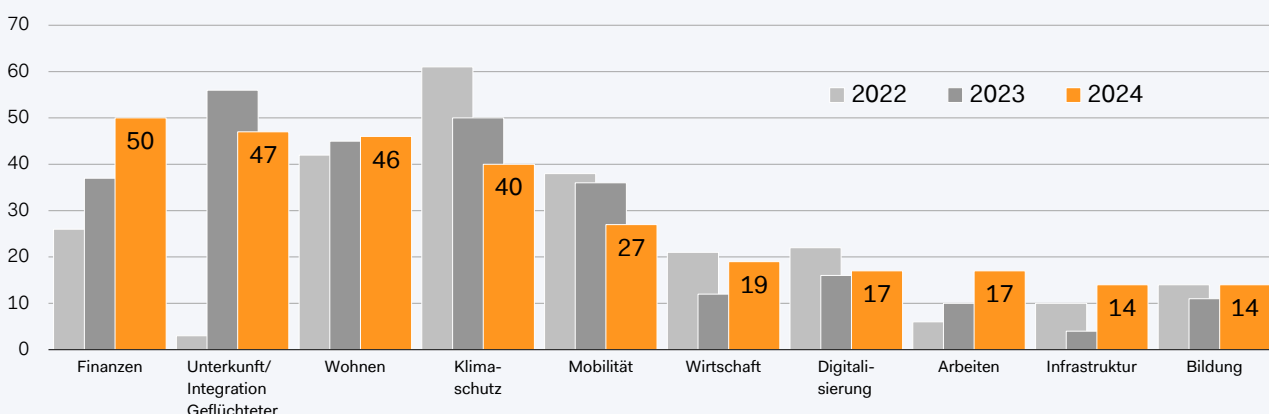
Auch 2024 haben sich die Rahmenbedingungen auf der kommunalen Ebene nicht grundlegend verändert. Die Kommunen müssen weiterhin mit verschiedenen krisenhaften Entwicklungen gleichzeitig umgehen. Dieser Situation wurde im OB-Barometer 2024 mit einer Frage nach den „krisenbedingten Herausforderungen“ und ihrer Relevanz für die jeweilige Kommune Rechnung getragen – wie schon 2023. Die Frage wurde an die aktuelle Situation angepasst. Die drei anderen Fragen, nach den aktuell und zukünftig wichtigsten Aufgaben der Städte sowie nach den Rahmenbedingungen, bei denen Unterstützung von Ländern, Bund oder EU gewünscht wird, sind seit 2015 fester Bestandteil des OB-Barometers. Sie ermöglichen so einen Vergleich, wie sich die kommunalen Themen und Handlungsnotwendigkeiten im Zeitverlauf verändern.

Auf die Frage nach den aktuell für die eigene Stadt wichtigsten Handlungsfelder rufen die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister 2024 zum ersten Mal seit 2015, dem Beginn der OB-Befragung, das Thema „Finanzen“ als wichtigstes auf (50 % nennen das Thema). Sie nennen dabei „Finanzlage“, „Haushaltskonsolidierung“, „Inflation“, „Investitionen“. Finanzfragen hängen eng mit den nächstwichtigsten Handlungsfeldern zusammen, die alle mit erheblichen Finanzierungserfordernissen verbunden sind. Dazu gehören Fragen der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen (47 %), der Wohnungsbau und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (46 %) und das Handlungsfeld Klimaschutz/Klimaanpassung, das die OBs diesmal auch mit den aktuellen Aufgaben wie Energiepolitik und Wärmewende verknüpfen (40%).

Abb. 1

Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt (TOP 10)?

„Der größte Handlungsbedarf meiner Stadt liegt bei den Themen Finanzen, Unterkunft/Integration Geflüchteter, Wohnen und Klimaschutz.“



Alle anderen Handlungsfelder, seien es Aufgaben der Mobilitätswende (27 %), die Stärkung der Wirtschaft (19 %), Digitalisierung (17 %), Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts (14 %), folgen mit deutlichem Abstand. Häufiger als in den Vorjahren nennen die Stadtspitzen die Aufgabe, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten (17 %). Im Gegensatz zu der intensiven öffentlichen Debatte wird das Thema in den Kommunen offenbar noch nicht als eines der drängenden Handlungsfelder gesehen. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass die tagesaktuellen politischen Herausforderungen viele Ressourcen binden und mittel- bis langfristige, eher strategisch angelegte Aufgaben weniger im Fokus stehen, wenn im Interview spontan die wichtigsten Handlungsfelder genannt werden sollen (Abb. 1)

Geht es um die zukünftig wichtigsten Aufgaben (Abb. 2), so nennen die OBs dann wieder mit deutlichem Abstand, wie in den Vorjahren auch, das Thema Klimaschutz/Klimaanpassung (57 %), das seit 2020 die kommunalen Zukunftsthemen anführt. 2024 führen deutlich mehr OBs als in den Vorjahren die Finanzlage und Fragen der Haushaltskonsolidierung als wichtiges Zukunftsthema an (45 %). Finanzfragen stellen nicht nur eine aktuelle Herausforderung dar. Fragen der Finanzverteilung zwischen den staatlichen Ebenen, steigende Ausgaben und geringere Einnahmen werden in den nächsten Jahren ein Thema bleiben. Auch das Flüchtlingsthema wird auf der Agenda bleiben (38 %), deren Aufnahme, Unterbringung und Integration wird eine kommunale Daueraufgabe werden. Ähnliches gilt für das Handlungsfeld „Wohnen“, das wichtig bleiben wird, im Vergleich zu den Vorjahren allerdings an Bedeutung verliert (29 %). Deutlich an Wichtigkeit verliert das Handlungsfeld „Mobilität“ (26 %). Das Thema „Fachkräfte“ wird wichtiger (22 %), aber nicht so stark, wie es die generelle Debatte um das Thema vermuten lassen würde.

Bei der Frage nach den „krisenbedingten Herausforderungen“ (Abb. 3) wurden den Stadtspitzen verschiedene Herausforderungen genannt, zu denen sie sich im Hinblick auf die Bedeutung für die eigene Stadt positionieren sollten. Keine dieser Herausforderungen hatte das Thema der Kommunalfinzen insgesamt zum Inhalt, finanzielle Herausforderungen wurden handlungsfeldbezogen abgefragt (Klima, Mobilität, Digitalisierung etc.).

Betrachtet man nur die „sehr großen“ Herausforderungen, so nennen 44 % der OBs die „Stärkung und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt“, die damit die größte Herausforderung ist, gefolgt von den Herausforderungen durch einen „höheren Investitionsbedarf bei Klimaschutz und -anpassung“ (39 %) und die „Unterbringung von Geflüchteten“ (38 %).

Betrachtet man „sehr große“ und „große“ Herausforderungen zusammen, so stehen die Investitionen für Klimaschutz und Klimaanpassung auf Platz 1 (89 %), gefolgt von den Notwendigkeiten einer „Transformation der Innenstädte“ (88 %) und – gleichauf – dem Investitionsbedarf durch die Mobilitätswende (88 %), der fraglos Bezüge zu Innenstadtgestaltung und Klimaanpassung hat. Auch die Herausforderungen, denen sich die Kommunen durch die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes gegenübersehen, u.a. die Erarbeitung einer kommunalen Wärmeplanung, hängen eng mit dem Handlungsfeld Klimaschutz und -anpassung zusammen. Erst dann folgen die Herausforderungen durch die Unterbringung von Geflüchteten (82 %), die mit einer hohen Belastung der Ausländerbehörden korrespondiert (73 %).

Insgesamt bewegen sich die großen Herausforderungen der Kommunen in einem Themendreiklang von Klimaanpassung, Innenstadttransformation und Flüchtlingsproblematik. „Quer“ dazu steht das Thema Digitalisierung (84 %,

Abb. 2

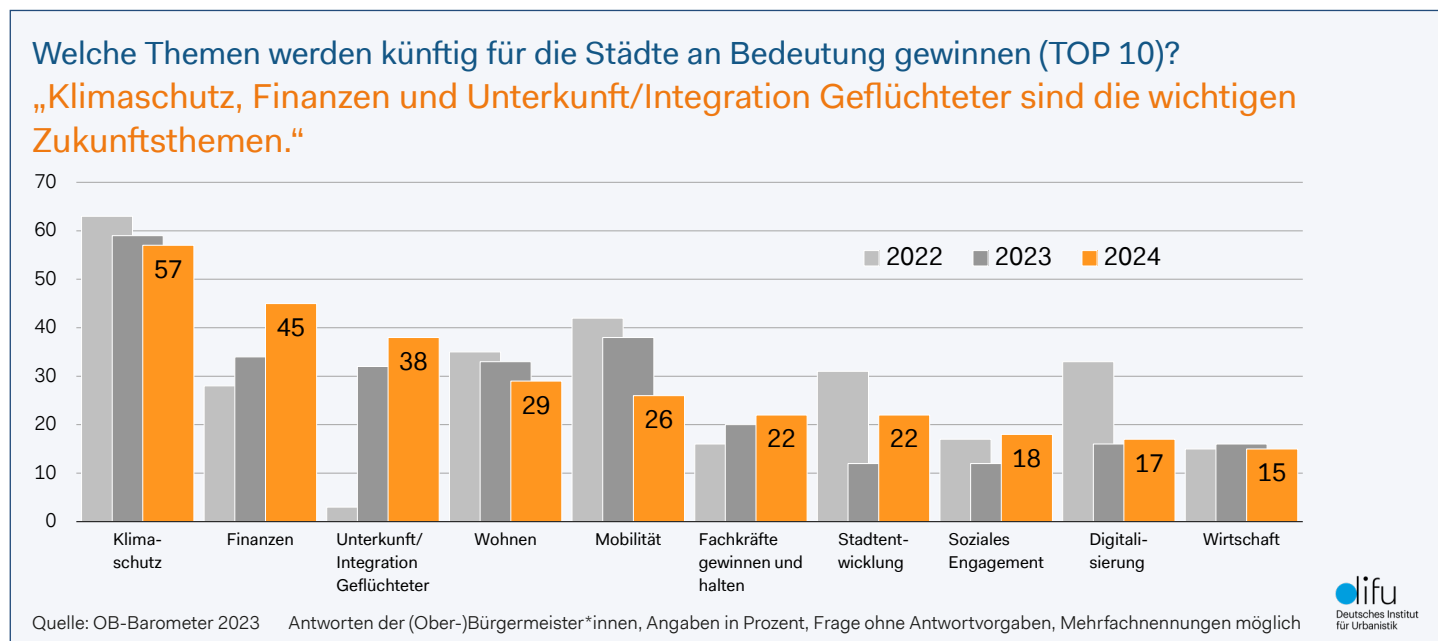
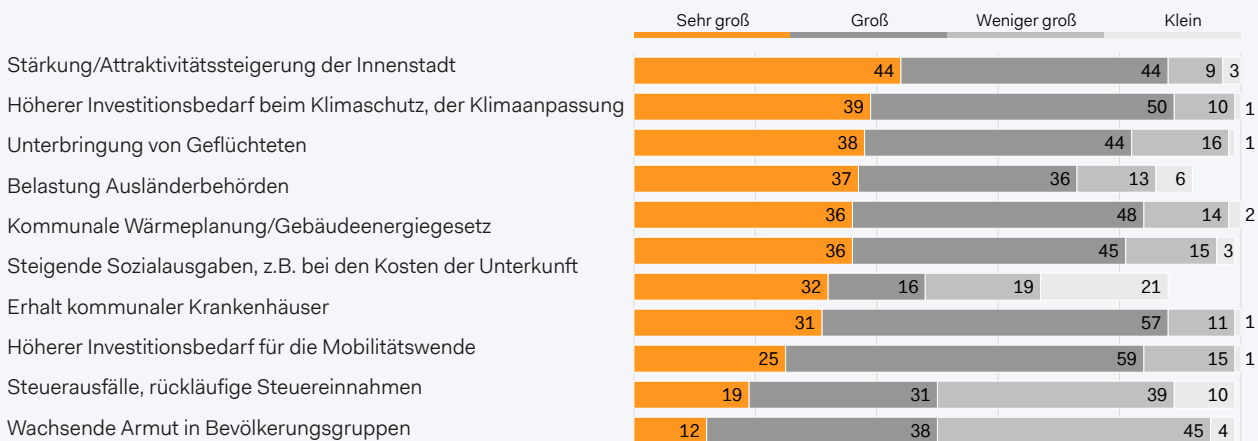


Abb. 3

Wie groß sind die Herausforderungen für die Städte infolge der aktuellen krisenhaften Entwicklungen? Krisenbedingte Herausforderungen für die Kommunalpolitik



Quelle: OB-Barometer 2024 Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/Keine Angabe

allerdings nur für 25 % der OBs eine „sehr große“ Herausforderung). Alle diese Herausforderungen der Kommunalpolitik infolge krisenhafter Entwicklungen sind mit erheblichen Ausgaben/Investitionen auf kommunaler Seite verbunden. Dies erklärt, warum Finanzfragen dieses Jahr über alle Kommunen als das wichtigste Thema für die eigene Stadt aufgerufen werden (Abb. 1). Die Antworten unter „Herausforderungen“ konkretisieren, durch welche Aufgaben das Thema Finanzen so deutlich an Bedeutung gewinnt, aktuell und in der Zukunft.

Diesen wachsenden Ausgabendruck in Kommunen spiegeln die aktuellen Zahlen der vorläufigen Kassenstatistik wider. Die Kommunen waren 2023 mit fast 7 Mrd. Euro erstmals seit 2011 wieder im Defizit, nachdem es in den vergangenen Jahren stets Finanzierungsüberschüsse gab. Ursächlich sind erheblich gestiegene Ausgaben, vor allem im Sozialbereich; die noch wachsenden Einnahmen konnten die deutlich höheren Ausgaben nicht mehr ausgleichen (vgl. destatis, Pressemitteilung Nr. 135, 3. April 2024).

Das ist sicher auch mit ein Grund dafür, dass 2024 die Finanzpolitik der Bereich ist, in dem die Stadtspitzen am dringendsten Unterstützung durch die Länder, den Bund oder die EU einfordern (Abb. 4). Fast ebenso wichtig ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Flüchtlingspolitik (95 % „sehr wichtig“ oder „wichtig“). Städte und Gemeinden sind bei der Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen an ihrer Belastungsgrenze angelangt und werden auch in den kommenden Jahren weiter gefordert sein. Bund und Länder haben sich inzwischen auf eine „atmende Finanzierung“ und eine Pro-Kopf- Pauschale je Geflüchtetem geeinigt, die von den Kommunen und den Kommunalen Spitzenverbänden aller-

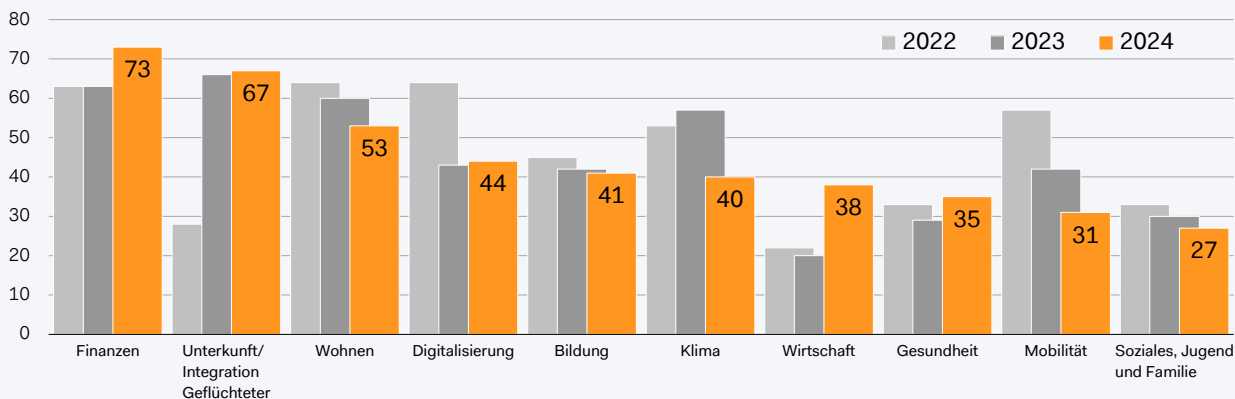
dings als nicht ausreichend kritisiert wird, gerade auch, wenn es nach Erstversorgung und Unterbringung um die eigentlichen Aufgaben der Integration geht.

Daher halten auch 89 % der OBs Verbesserungen der Rahmenbedingungen durch Länder, Bund, EU beim Wohnen für Geflüchtete – und dem bezahlbaren Wohnen für alle Bevölkerungsgruppen – für „sehr wichtig“ oder „wichtig“ (Abb. 4). Deutlich mehr Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister als in den Vorjahren nennen 2024 das Thema „Wirtschaftspolitik“ als Bereich, in dem vor allem Länder und Bund bessere Rahmenbedingungen schaffen müssen (81 %). Die Kommunen sehen sich auch selbst in der Verantwortung (Abb. 1 und 2), brauchen jedoch die entsprechenden Rahmenbedingungen, die den Standort Deutschland insgesamt attraktiver machen; Bürokratieabbau, Energiepreise, Steuerbelastung sind nur einige Stichworte. Diese schwierigen Rahmenbedingungen spiegeln sich auch in der äußerst geringen Wachstumsdynamik in Deutschland wider, das Wachstum des BIP wurde für 2024 aktuell auf 0,2 % korrigiert (vgl. ifo-Konjunkturprognose 2024, www.ifo.de/fakten). Auch die schwierige Diskussion um das „Wachstumschancengesetz“ mag sich in dieser Einschätzung der Stadtspitzen widerspiegeln. Inzwischen (nach Abschluss der Befragung) wurde das Gesetz verabschiedet. Der Deutsche Städtetag befürchtet hohe Steuerausfälle für die Kommunen, verweist aber darauf, dass bei der Gewerbesteuer durch die Absicherung der Mindestgewinnbesteuerung zumindest eine Stabilität erreicht werden konnte (vgl. Newsletter des Deutschen Städtetages vom 28. März 2024).

Beim Thema „Digitalisierung“ wird – wie auch 2023 – keine besondere Unterstützung mehr eingefordert. Allerdings

Abb. 4

In welchen Bereichen müssen die Rahmenbedingungen für Kommunen verbessert werden (TOP 10)?
„Vor allem bei Finanzen, Unterkunft/Integration Geflüchteter und Wohnungspolitik sind Verbesserungen der Rahmenbedingungen gewünscht.“



Quelle: OB-Barometer 2024 Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich



werten die Kommunen den Investitionsbedarf für die Digitalisierung weiterhin als „sehr große“ oder „große“ Herausforderung (Abb. 3). Deutlich an Bedeutung verloren hat die Klimaschutzpolitik als Bereich, in dem Kommunen eine stärkere Unterstützung der anderen politischen Ebenen einfordern. Auch in der „Verkehrspolitik“ wünscht nur noch ein knappes Drittel der Stadtspitzen bessere Rahmenbedingungen für das eigene Arbeiten.

Je nachdem, ob es um aktuelle oder zukünftige Herausforderungen in den Kommunen geht, variiert die Rangfolge der Themen, aber im Kern bestimmen die Handlungsfelder Flüchtlinge, Klima und Wohnen die kommunale Agenda. Das Innenstadtthema hat in der diesjährigen Befragung wieder an Bedeutung gewonnen, aktuell und als Zukunfts-

thema. Daran hat sicherlich die aktuelle Situation beim Warenhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof ihren Anteil, die dazu führen wird, dass in vielen Städten Kaufhäuser schließen und große Immobilien leer und zur Nachnutzung stehen werden. All dies sind Aufgaben, die hohe Ausgaben (Investitionen, Sozialausgaben etc.) erfordern. Daraus begründet sich in erheblichen Teilen die beim diesjährigen OB-Barometer erstmalig so große Bedeutung des Themas Finanzen, die auch zukünftig bestehen bleiben wird. Von diesen Herausforderungen sind alle Kommunen betroffen, die Einschätzungen und Bewertungen der OBs der aktuellen Situation in den Städten unterscheiden sich 2024 – und dies ist überraschend – kaum zwischen den Bundesländern oder Städten unterschiedlicher Größe.

Informationen zum OB-Barometer

Das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeister*innen der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner*innen. Sie wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt und hat zum Ziel, anhand von vier Fragen frühzeitig Veränderungen in diversen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden zu lassen. Die diesjährigen Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung, die im Januar/Februar 2024 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik durchgeführt wurde. 139 der 195 eingeladenen (Ober-)Bürgermeister*innen (darunter 9 stellvertretende Personen) beteiligten sich. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 71,3 %.

Ansprechpartner OB-Barometer:

Prof. Dr. Carsten Kühl, +49 30 39001-214, kuehl@difu.de | Dr. Beate Hollbach-Grömig, +49 30 39001-293, hollbach-groemig@difu.de
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin

Weitere Informationen und vertiefte Analysen zur Befragung unter www.difu.de/OB-Barometer

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist mit seinen rund 190 Beschäftigten das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum. Ob Stadt- und Regionalentwicklung, kommunale Wirtschaft, Kommunalfinanzen, Städtebau, soziale Themen, Umwelt, Verkehr, Kultur, Recht oder Verwaltungsthemen: Das 1973 gegründete, unabhängige, in Berlin und Köln ansässige Institut beschäftigt sich praxisorientiert mit allen Aufgaben, die Kommunen heute und in Zukunft zu bewältigen haben